

Transdisziplinarität in der sozialwissenschaftlichen Transferarbeit

Erfahrungen aus sechs Armutskonferenzen und zwei Kitagipfeln in der Stadt Bremen

René Böhme

1. Einleitung

Transdisziplinarität ist ein Forschungsmodus, der auf die Lösung gesellschaftlicher und damit zusammenhängender wissenschaftlicher Probleme abzielt, indem Wissen aus verschiedenen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Wissensbeständen integriert wird (Lang et al. 2012: 26f.). Durch den wechselseitigen Wissenstransfer werden komplexe gesellschaftliche Probleme nicht nur erforscht, sondern auch gemeinsam Lösungsansätze entwickelt, erprobt, umgesetzt und häufig über einzelne Projekte hinaus verbreitet (vgl. Dan 2017; Mückenberger/Timpf 2010). Transdisziplinarität hat zuletzt an Bedeutung gewonnen und steht in engem Zusammenhang mit der sogenannten Third Mission des Wissenschaftssystems. Nach dieser besteht der Anspruch, dass sich Hochschulen unter dem Schlagwort »Transfer« mit ihrer Umgebung – der Gesellschaft, Kommunen und der Wirtschaft – verflechten und aktiv darauf Einfluss nehmen, dass Forschungsergebnisse in der Praxis Anwendung finden, sei es im Bereich von Unternehmen, Zivilgesellschaft oder Politik (vgl. Roessler et al. 2015). Diese Dritte Mission besteht auch, wenn nicht sogar im Besonderen für die Sozialwissenschaften (vgl. Nuske 2024), welche vor der Herausforderung stehen, in Anbetracht großer gesellschaftlicher Herausforderungen die Relevanz und Reaktionsfähigkeit ihrer Forschung zu erhöhen (vgl. Maasen/Sutter 2022) und dabei nicht nur als Medium der Wissensgenerierung, sondern auch »als Medium der gesellschaftlichen (Norm)Bildung und praktischen Selbstaufklärung« (Warsewa/Bleses/Güldner 2020: 288) dienen sollen. Zu den

Problemfeldern, die einen transdisziplinären Zugang nahelegen, zählen etwa der demografische Wandel, soziale Disparitäten sowie die Klimakrise.

Doch existiert in der Literatur bisher weder ein disziplinenübergreifendes Verständnis von Transdisziplinarität und Transfer, noch ist das Verhältnis beider Begriffe ausreichend geklärt (Lux/Schuldt-Baumgart 2022). Vor diesem Hintergrund soll in diesem Aufsatz zunächst eine an Nuske (2024) angelehnte Definition von Transdisziplinarität dargelegt werden, in welche der Transferaspekt unmittelbar eingebettet ist. Daran angelehnt werden Analysedimensionen für konkrete transdisziplinäre sozialwissenschaftliche Transferformate abgeleitet und beispielhaft angewendet. Hierzu dienen mit der Bremer Armutskonferenz und dem Bremer Kitagipfel zwei unter Einbindung des Instituts Arbeit und Wirtschaft der Universität und Arbeitnehmerkammer Bremen (iaw) in den vergangenen zwölf Jahren entwickelte Formate der transdisziplinären sozialwissenschaftlichen Transferarbeit. Abschließend gilt es, auf Basis des Vergleichs Schlussfolgerungen in Bezug auf den Mehrwert, die Gelingensbedingungen, zentrale Hindernisse und Anforderungen in der Umsetzung ähnlich gelagerter transdisziplinärer Formate zu ziehen.

2. Transdisziplinarität und Transfer als analytische Begriffe

Zwar erfreuen sich die Begriffe Transdisziplinarität und Transfer im Rahmen der sog. Third Mission zunehmender Beliebtheit, doch werden sie dabei weder einheitlich verwendet, noch ist ihr Zusammenhang hinreichend ausgeleuchtet. Ganz allgemein gilt Transdisziplinarität als die höchste Stufe geregelter Zusammenarbeit verschiedener wissenschaftlicher Fachrichtungen. Durch das Zusammenwirken mehrerer Disziplinen und ein wechselseitiges Lernen entsteht ein Mehrwert, der über die bloße Addition des Wissens einzelner Disziplinen hinausgeht (Häberli/Grossenbacher-Mansuy 1998: 201). Nuske (2024: 26f.) arbeitet für den Begriff der Transdisziplinarität im sozialwissenschaftlichen Sinne zwei Konzeptualisierungsschwerpunkte aus der Literatur heraus: Zum einen ein Verständnis von »Transdisziplinarität als Einheit des Wissens« und zum anderen ein Ansatz »sozial engagierter Transdisziplinarität«. Während die Vertreter:innen der Transdisziplinarität als Einheit des Wissens lediglich eine zielgerichtete Vereinheitlichung des Wissens vorsehen, um komplexe gesellschaftliche Probleme besser zu verstehen (nicht aber, um in sie einzugreifen), betonen die Verfechter:innen einer sozial engagierten Trans-

disziplinarität die starke Notwendigkeit des Einbezugs von Praxisakteuren in die Forschung. Durch eine stärkere Interaktion zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und politischen Gemeinschaften sollen gesellschaftliche Transformationsprozesse angegangen und unterstützt werden (Lawrence et al. 2022: 46). Nuske (2024: 27f.) fasst Wesensmerkmale von sozial engagierter Transdisziplinarität zusammen. Für das in diesem Aufsatz zugrunde liegende Begriffsverständnis erscheinen folgende Punkte als zentral:

- die Auseinandersetzung mit komplexen gesellschaftlichen Problemen,
- die Beteiligung von Fachleuten verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen, Vertreter:innen der Praxis sowie Betroffenen,
- die dialogische Verständigung, Diskussion und Reflexion über die unterschiedlichen wissenschaftlichen wie nichtwissenschaftlichen Wissensbestände (Reflexivität),
- eine multiperspektivische Herangehensweise zur Produktion theoretisch schlüssigen, aber auch praxisrelevanten und anwendungsorientierten Wissens zur Entfaltung gesellschaftlicher Wirkungen.

Eng verknüpft mit dem Ansatz der Transdisziplinarität ist der Transferbegriff (Nuske 2024: 2). Wenngleich das »eine« Verständnis von Wissenstransfer nicht existiert (Heilmann 2025: 3), gilt Transfer im Allgemeinen als ein Austausch zwischen Wissenschaft und außerwissenschaftlichen Akteuren, welcher die Vermittlung wissenschaftlicher Ergebnisse an Praxisakteure ebenso wie Feedbackschleifen und interaktive Austauschprozesse zwischen Wissenschaft und Praxis subsumiert (Froese/Mevissen 2016: 35). Diese Austauschprozesse werden immer mehr als die dritte Mission von Hochschulen neben Forschung und Lehre angesehen (vgl. Compagnucci/Spigarelli 2020; Backhaus-Maul 2022; Maasen/Sutter 2022) und gewinnen in vielfältiger Form (z.B. transferbezogene Strategien, Projekte, Aktivitäten, Preise und Forschung) an unterschiedlichen Stellen im Wissenschaftssystem als eine wesentliche Dimension wissenschaftlichen Arbeitens an Bedeutung (Nuske 2024: 2). Dabei bestehen allerdings Unterschiede darin, in welche Richtung(en) das Wissen zwischen Forschung und Praxis fließt (Heilmann 2025: 3).

Die gesellschaftlichen Erwartungen gerade an den sozialwissenschaftlichen Wissenschaftstransfer fallen sehr unterschiedlich aus und wurden zuletzt mehrfach empiriegestützt kategorisiert (vgl. Nuske et al. 2024; Heilmann 2025). Gemeinsam ist diesen Typisierungen, dass sie unterschiedliche Grade im Verhältnis von Praxis und Wissenschaft herausarbeiten, angefangen

von einem eher distanzierenden und adressatenunspezifischen Vermitteln wissenschaftlicher Erkenntnisse, über eine aktive (Politik-)Beratungsrolle, eine wechselseitige Wissensvermittlung bis hin zu einem aktiven gesellschaftlichen Engagement der Wissenschaft.

Das Verhältnis von Transdisziplinarität und Transfer erscheint noch klärungsbedürftig, insbesondere auch deshalb, weil viele vorliegende Arbeiten zur Transdisziplinarität diese auf einen Forschungsansatz reduzieren. Für das in diesem Beitrag zugrunde liegende Verhältnis beider Begriffe ist es aber essenziell, dass der Transfer von Wissen in transdisziplinären Forschungsprozessen an unterschiedlichen Stellen (z.B. Problemkonstitution, Wissensgenerierung, Bewertung bzw. Anpassung der integrierten Ergebnisse; siehe Lux/Schuldt-Baumgart 2022) bzw. sogar auch losgelöst von konkreten Forschungsprojekten als eigenständiges Transferformat im gesellschaftspolitischen Diskurs (z.B. mit dem Ziel der Politikberatung bzw. der Gesellschaftsgestaltung) stattfinden kann.

Ein transdisziplinärer Forschungs- und Transferansatz steht jedoch auch in der Kritik (Rohe 2015; Nuske 2024: 29) bzw. sieht sich spezifischen Herausforderungen gegenüber: Demokratietheoretische Einwände betonen, dass der Wissenschaft als primärer Wissensproduzentin die Legitimität fehle, aktiv in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse einzugreifen. Befürchtet wird, dass dieses Wissenschafts- und Transferverständnis zu einer verwissenschaftlichten Politik und zugleich zur Politisierung der Wissenschaft führen könne (vgl. Strohschneider 2014). Zudem lasse sich weder Konsens über fragmentierte Interessen, Werte und Machtverhältnisse herstellen, noch könnten Interessenkonflikte entlang wissenschaftlicher Vorgaben aufgelöst werden (vgl. Strohschneider 2014; Weingart 2021; Kraemer 2023). Hinzu kommen divergierende Produktionslogiken von Praxis und Wissenschaft (Heilmann et al. 2024): Während Forschung meist langfristig angelegt ist und Ergebnisse offenbleiben, braucht die Praxis kurzfristig verfügbare Daten und klare Handlungsorientierung, etwa zur Begleitung laufender Reformprozesse. Um diese Differenzen zu überbrücken, müssen die jeweiligen Logiken und Bedarfe gegenseitig berücksichtigt werden (vgl. Jaehrling 1999). Nuske (2024: 31f.) nennt zwei weitere Herausforderungen transdisziplinärer Ansätze: Zum einen erfordere die thematische Ausrichtung an gesellschaftlichen Problemfeldern einen bewussten Umgang mit Normativität. Dabei sei es essenziell, durch strukturierte Reflexionsarbeit im Forschungsprozess die eigenen Wertannahmen offenzulegen – insbesondere im Austausch mit teils gegensätzlichen Praxispositionen. Zum anderen fehle es an geeigneten Verfahren zur Messung gesellschaftlicher

Wirkungen, da klassische Indikatoren wie Publikationen oder Zitationen für transdisziplinäre Transfers nicht greifen (Lang et al. 2012: 39; Defila/Di Giulio 2018: 41f.). Erschwerend komme hinzu, dass sich gesellschaftliche Wirkungen wissenschaftlicher Erkenntnisse meist zeitverzögert entfalten und wegen komplexer Verbreitungsprozesse schwer kausal zu bestimmen seien.

3. Empirische Fallbeispiele

3.1 Analyseraster

Für den in diesem Kapitel vorgesehenen Vergleich der transdisziplinären sozialwissenschaftlichen Transferformate sollen zunächst auf Basis der theoretischen Ausführungen des vorherigen Abschnitts einige Vergleichskategorien abgeleitet und erläutert werden:

Komplexe Probleme Transdisziplinarität gilt als Antwort auf komplexe gesellschaftliche Probleme. Insofern soll im Rahmen der Analyse geprüft werden, welche Herausforderung adressiert wird und inwieweit diese eine Verschränkung von Wissen aus verschiedenen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Wissensbeständen erforderlich macht.

Entstehung Eine zweite Betrachtungsdimension bildet die Entstehungsgeschichte der jeweiligen Formate. Diese ist vor allem deshalb ein wichtiges Analyseelement, um die nachfolgenden Kriterien besser nachvollziehen zu können.

Ziele Wie in den vorherigen Einlassungen deutlich wurde, sind die Ziele von transdisziplinären Formaten durchaus umstritten. Dienen diese der Vereinheitlichung von unterschiedlichen Wissensbeständen zum besseren Verständnis komplexer Probleme, werden damit indirekt oder direkt gesellschaftliche Transformationsprozesse angeregt und unterstützt oder wird im Rahmen der Aktivitäten sogar in den Prozess des Policy-Makings eingegriffen?

Akteure/Rollen Als vierter Schritt wird empfohlen, die am jeweiligen Transferformat beteiligten Akteure und deren Rollen sowie Interaktion zu analysieren. Das ist als Reflexionsschritt notwendig, um das Wissenschaft-Praxis-Verhältnis offenzulegen.

Vorgehensweise Ein konkreter Mehrwert für das Herausarbeiten von Gelin-
gungsbedingungen und Hürden liegt auch darin, transdisziplinäre Ansätze in
ihrer Vorgehensweise näher zu beleuchten und in die Debatte um Methoden
und Konzepte der Transdisziplinarität einzuordnen.

Ergebnistransfer/Nutzen/Wirkungen Wie bereits deutlich wurde, gibt es bisher
noch wenige konkrete Überlegungen zur Messung des Erfolgs transdiszi-
plinärer Transferformate. Exemplarisch gilt es daher, in den Fallbeispielen
zum einen die Richtung und Formate des Ergebnistransfers zu betrachten
und zum anderen nach Möglichkeiten zu suchen, den Nutzen bzw. die Wir-
kungen dieser Ansätze zu erfassen. Zugleich sollen die Beispiele Grenzen der
Wirkungsanalyse verdeutlichen.

Kritikreflexion Die dargestellten Kritikpunkte an transdisziplinären Formaten
werden jeweils an den konkreten Beispielen überprüft und diskutiert.

3.2 Bremer Armutskonferenz

Komplexe Probleme Die Armutsbekämpfung gilt als politisches Handlungsfeld
mit komplexen Steuerungsstrukturen (vgl. Böhme 2023). Als Gelingensbedin-
gung einer Armutspolitik gilt es, sie als ressortübergreifende Aufgabe unter
Einbeziehung zentraler Akteure der Zivilgesellschaft zu etablieren. Dabei
sind alle staatlichen Ebenen gefordert, was jedoch vielfältige politische und
administrative Steuerungsprobleme erzeugt, die einer Gesamtkoordination
bedürfen (vgl. Stahmann 2022). Häufig wird auf die Notwendigkeit horizon-
taler und vertikaler Koordinierung verwiesen (Karl 2015: 3; Warsewa 2022):
also einerseits auf die Abstimmung zwischen Bund, Ländern, Kommunen
und Zivilgesellschaft, andererseits auf die Zusammenarbeit verschiedener
Fachressorts wie Arbeit, Soziales, Bildung, Gesundheit, Wohnen, Migration
und Stadtentwicklung. Beklagt wird in diesem Zusammenhang zum einen ein
disziplinärer Fokus (Karl 2015: 2). Zum anderen sei die »klassische« Zuständig-
keits- und Arbeitsteilung zwischen Ressorts und Behörden, deren Steuerungs-
und Koordinierungskapazitäten sowie das Arsenal der verfügbaren Ressour-
cen und Instrumente eher dysfunktional, um ein typisches multifaktorielles
Querschnittsproblem wie Armut angemessen zu bearbeiten (Warsewa 2022:
496f.). Nennenswerte Fortschritte seien nur dann erreichbar, wenn fachpoliti-
sche wie zivilgesellschaftliche Maßnahmen kohärenter koordiniert, effizient

umgesetzt und ausreichend ausgestattet würden. Transdisziplinäre Formate können hierfür hilfreich sein.

Entstehung Die Entstehung der Bremer Armutskonferenz geht zurück auf eine Studie des iaw zu den »Stadtteilstrategien gegen Armut und Benachteiligung«. In der dazugehörigen Abschlusspublikation (vgl. Prigge/Böhme 2013) wurde auf Basis lokaler Fallstudien in Dortmund, Nürnberg und Bremen festgestellt, dass sich in Dortmund und Nürnberg das Instrument der lokalen Armutskonferenzen als partizipatives Element einer Sozialen Stadtpolitik bewährt habe. Transferaktivitäten zu den Projektergebnissen mündeten letztlich in einem vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Bremen und der Arbeitnehmerkammer Bremen im November 2012 versendeten »Aufruf zur Gründung einer Bremer Armuts- und Chancenkonferenz«.

Ziele Ziel der Bremer Armutskonferenz ist es, durch die Veranstaltung regelmäßiger Armutskonferenzen den gesellschaftlichen Fokus auf Ungleichheitsphänomene zu lenken, im transdisziplinären Austausch Handlungsempfehlungen zur Bewältigung von Armutsphänomenen zu entwickeln und im Rahmen von Politikberatung Einfluss auf die Ausgestaltung der Bremer Armutspolitik zu nehmen.

Akteure/Rollen Infolge des Gründungsaufrufs entstand im Verlauf des Jahres 2013 ein Bündnis (sog. Initiativkreis) aus diversen Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, der Arbeitnehmerkammer Bremen und Gewerkschaften, welches themenspezifisch in den Folgejahren erweitert wurde (z.B. Landesvereinigung für Gesundheit, Quartiersmanager:innen, Bremer Volkshochschule). Themenspezifisch kamen für einzelne Konferenzen weitere Personen hinzu (z.B. Ärzteverbände, Migrant:innenorganisationen und Umweltverbände).

Das Bündnis wird flankierend durch Sozialwissenschaftler:innen des iaw weiter beraten und unterstützt. Das umfasst z. B. die Konkretisierung von Themenvorschlägen, die Konzeption einzelner Konferenzen, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, das Halten von Vorträgen und die Erstellung der Konferenzpapiere. Wiederholt flossen Inhalte aus Forschungsprojekten des iaw in das Programm der Armutskonferenz ein.

Die Armutskonferenz entwickelte eine differenzierte Arbeitsstruktur. Es bildete sich ein Kernteam aus den Initiator:innen, einem/einer wissenschaftlichen Vertreter:in und einem weiteren Bündnismitglied. Diesem Kernteam obliegen die Vorbereitung der Initiativkreissitzungen, strategische Entscheidun-

gen sowie die Öffentlichkeitsarbeit. In Vollversammlungen werden Vorlagen diskutiert, das Vorgehen abgestimmt und themenspezifische Vorbereitungsgruppen für die Planung der jeweiligen Konferenzen gebildet.

Die Einbindung von Armutsbetroffenen wird im Rahmen der Armutskonferenz regelmäßig kontrovers diskutiert. Wenngleich im Sinne des Empowerments durchaus gute Gründe dafür sprächen, hat sich die Armutskonferenz bisher dagegen entschieden. Leitmotiv ist dabei, dass sich die methodische Vorgehensweise von Konferenzen mit Betroffeneneinbindung deutlich von Formaten unterscheiden müsste, welche sich an Politik, Verwaltung und Praxis richten. Sonst bestehe die Gefahr, Betroffene vorzuführen.

Politische und administrative Akteure sind vom Initiativkreis ausgeschlossen und lediglich als Teilnehmende der Konferenzen zugelassen.

Vorgehensweise Bis 2025 wurden bisher sechs Konferenzen durchgeführt. Thematische Schwerpunkte waren Kinder- und Jugendarmut, sozialräumliche Ungleichheit sowie Zusammenhänge von Armut mit Gesundheit, Migration und der Klimakrise. Alle Konferenzen folgten einem ähnlichen Grundschemata, das in einem akteursübergreifenden Prozess mit etwa einem Jahr Vorlauf erarbeitet wurde: Eingeleitet wurden die Veranstaltungen jeweils durch fachwissenschaftliche Beiträge. Hierzu wurden in der Regel externe Wissenschaftler:innen verschiedener Disziplinen nach Bremen eingeladen. Anschließend wurde das Thema im lokalen Kontext vertieft – durch Beiträge Bremer Wissenschaftler:innen, Praxisberichte oder Podiumsdiskussionen mit Akteuren aus Wissenschaft und Praxis. Der zweite Veranstaltungsteil bestand aus Workshops bzw. Foren zur thematischen Vertiefung, die oft dezentral in den Quartieren stattfanden. Sie wurden gemeinsam von Praxisakteuren aus den Stadtteilen (z. B. Stadtteilpolitik, Quartiersmanagement, Leitungen sozialer Einrichtungen, Bewohner:innen) und Mitgliedern des Initiativkreises vorbereitet. Häufig begannen die Workshops mit wissenschaftlichen Inputs, gefolgt von Podiumsdiskussionen oder partizipativen Formaten wie World Cafés oder Gruppendiskussionen. Ziel war jeweils, Problemlagen multiperspektivisch zu beleuchten und konkrete Handlungsempfehlungen im transdisziplinären Austausch zu erarbeiten.

Ergebnistransfer/Nutzen/Wirkungen Die Transferaktivitäten der Armutskonferenzen bestehen in der Regel aus zwei Säulen: Eine erste Säule bildet die Öffentlichkeitsarbeit. Durch Vorabberichte in den Medien und die Berichterstattung vom Konferenztag soll jeweils öffentliche Aufmerksamkeit für

das Konferenzthema erzielt werden. Die zweite Säule stellt die Politikberatung dar. Hierzu wurde nach jeder Armutskonferenz ein Konferenzpapier erstellt, welches die wesentlichen Inhalte und Handlungsempfehlungen bzw. Forderungen bündelt. Dieses Papier wurde an die maßgeblichen politischen Akteure im Land Bremen (Präsident des Senats, weitere Senatsmitglieder, Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft) versendet, teilweise in spezifischen Transferveranstaltungen diskutiert und auf der Website der Armutskonferenz dokumentiert (Der Paritätische Bremen 2025). In der Folge kam es jeweils zu Gesprächen von Vertreter:innen der Armutskonferenz mit lokalen politischen Vertreter:innen.

Der Ergebnistransfer ist einseitig von der Wissenschaft und der Praxis in Richtung Politik und Verwaltung angelegt. Die konkreten Wirkungen der einzelnen Konferenzen lassen sich im Detail schwer messen. Allgemein lässt sich für die Armutskonferenz sicher eher von indirekten Wirkungen sprechen, so wie beispielsweise von einem Anstieg der gesellschaftspolitischen Aufmerksamkeit und Sensibilität für das Thema Armut in Bremen – hierauf deuten sowohl regelmäßige Bürgerschaftsanfragen, spezifische parlamentarische Gremien (z.B. Ausschuss zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung 2014) als auch die intensive Medienberichterstattung zum Thema Armut in Bremen hin. Für konkretere Aussagen gilt es, die jeweiligen Konferenzen näher zu betrachten: Dabei lässt sich für nahezu alle Konferenzen festhalten, dass sie entweder neue Vorschläge in den politischen Diskurs einführten (z.B. Bremen-Pass), politische Pläne in der Durchsetzung unterstützten (z.B. sozialräumlicher Ausbau der Kindertagesbetreuung, das Programm »Lebendige Quartiere«, Landes-Antidiskriminierungsstelle) oder für ein bestimmtes Themenfeld mehr Aufmerksamkeit erzeugten, sodass es dadurch in der Folge zu verstärkten politischen Initiativen kam (z.B. Gesundheitsfachkräfte, Gesundheitszentrum Gröpelingen). Eine Besonderheit gibt es in Bezug auf die erste Bremer Armutskonferenz 2013. Hier initiierte der damalige Präsident des Senats und Bürgermeister in der Folge das sog. »Bündnis für sozialen Zusammenhalt« (Seidel 2014). Im Senatssaal des Rathauses versammelten sich damals in mehreren Abstimmungsrunden von 2014 bis Frühjahr 2015 rund 40 Teilnehmer:innen, darunter Senatsmitglieder, Vertreter:innen der Bürgerschaftsparteien, Handelskammer, Behördenvertretungen und Mitglieder der Bremer Armutskonferenz. Das Bündnis war der Versuch, den transdisziplinären Ansatz der Armutskonferenz auch auf den Prozess des Policy Makings zu übertragen. So wurde eine Geschäftsführung gegründet sowie themenspezifische Arbeitsgruppen (z.B. Bremen-Pass, Kin-

dertagesbetreuung) gebildet. Handlungsleitend war das Forderungspapier der Armutskonferenz. Die konkrete Umsetzung gestaltete sich jedoch langwierig und schwierig, wiederholt kam es zu konfliktären Situationen, auch weil die Sitzungen zum Teil als Arenen parteipolitischer Auseinandersetzungen dienten. Praxisakteure hatten zudem »Gewöhnungsschwierigkeiten« mit den aus ihrer Sicht schwerfälligen Verwaltungsabläufen. Wenngleich sich durchaus einige Erfolge zeigten (Bündelung verschiedener Ermäßigungssysteme für arme Menschen in Bremen in einem sog. Bremen-Pass; Verabschiedung einheitlicher Zielvorgaben für den Kitaausbau auf Stadtteilebene) wurde das Bündnis nach der Bremer Bürgerschaftswahl 2015 unter dem folgenden Senatspräsidenten nicht fortgesetzt.

Kritikreflexion Von den ausgeführten Kritikpunkten trifft vor allem die Politisierung von Wissenschaft zu. Das wissenschaftsgestützte Agenda Setting der Bremer Armutskonferenz setzt in gewisser Weise eine normative und politische Grundhaltung der beteiligten wissenschaftlichen Vertreter:innen voraus.

3.3 Bremer Kitagipfel

Komplexe Probleme Die sog. Kitakrise gilt als aktuelles komplexes gesellschaftliches Problem, dessen Lösung der »Quadratur des Kreises« gleicht (vgl. Böhme 2024): Bundesweit fehlen rund 430.000 Betreuungsplätze – erforderlich ist daher ein Ausbau der Kapazitäten, insbesondere für unterrepräsentierte Gruppen wie Kinder aus Armutslagen und mit Migrationsbiografie sowie eine Ausweitung und Flexibilisierung der Betreuungszeiten. Doch der notwendige Fachkräftebedarf kann kaum gedeckt werden: Die »stille Reserve« ist nahezu ausgeschöpft und auch die Ausbildungsstrukturen stoßen an ihre Grenzen. Politik setzt daher im Moment verstärkt auf Standardabsenkungen, etwa durch die Reduktion des Fachkräfteanteils oder temporäre Gruppenvergrößerungen. Das mindert die Betreuungsqualität und beeinträchtigt mögliche Gesundheits- und Bildungseffekte des Elementarbereichs. Zugleich verliert das Berufsfeld an Attraktivität (vgl. Böhme 2025). Gewerkschaften fordern dagegen angesichts 21.000 fehlender Fachkräfte, sinkender Ausbildungszahlen, wachsender Berufsunzufriedenheit und erhöhter Abwanderung von Beschäftigten aus den Kitas bessere Arbeitsbedingungen und eine höhere Betreuungsqualität. Dazu zählen attraktivere Ausbildungswege, bessere Bezahlung, ein günstigerer Fachkraft-Kind-Schlüssel, kleinere Gruppen, mehr Vorbereitungszeit sowie multiprofessionelle Teams. Allerdings reduzieren höhere

Standards die verfügbaren Kitaplätze, wodurch es mehr unversorgte Kinder gibt – mit Folgen für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Kindertagesbetreuung. Um tragfähige schrittweise Lösungen für die Kitakrise zu entwickeln, ist es erforderlich, die unterschiedlichen Stakeholder – Politik, Verwaltung, Bildungs-, Sozial- und Arbeitswissenschaft, Träger, Beschäftigte in der Kindertagesbetreuung und Eltern – in einen transdisziplinären Prozess in den Dialog zu bringen.

Entstehung Der erste Bremer Kitagipfel resultierte aus einer Vereinbarung der Senatorin für Kinder und Bildung mit den Gewerkschaften im Herbst 2022. Beide Seiten waren zur Überzeugung gekommen, dass es in Anbetracht der enormen Herausforderungen im Bereich Kindertagesbetreuung des akteurs- und disziplinenübergreifenden Austauschs im Land Bremen bedürfe. Ein Mitglied des iaw wurde in der Folge damit beauftragt, gemeinsam mit der Senatorin für Kinder und Bildung, dem DGB Bremen und dem ver.di-Bildungswerk für Februar 2023 einen zweitägigen Kitagipfel an der Universität Bremen zu organisieren (SKB 2023). Im weiteren Verlauf einigte man sich auf eine Fortführung des Formats im März 2024 (SKB 2024). An dieser nahmen die Gewerkschaften und das ver.di-Bildungswerk aus Protest gegen zwischenzeitlich veröffentlichte Kitapläne aus dem Koalitionsvertrag der Bremer Landesregierung sowie der Haushaltslage jedoch nicht mehr teil (Sundermann 2024). Stattdessen wurde die Zusammenarbeit mit der Universität ausgebaut und externe Dienstleister für Veranstaltungsmanagement und Moderation beauftragt.

Ziele Ziel der Kitagipfel war es, eine akteursübergreifende Plattform für den Austausch über aktuelle Herausforderungen in der Kindertagesbetreuung zu schaffen. Im Mittelpunkt standen dabei die vielfältigen Probleme und Perspektiven rund um Betrieb, Ausbau und Weiterentwicklung frühkindlicher (Bildungs-)Einrichtungen. Diese sollten umfassend und nachhaltig beleuchtet werden, um verbindliche Handlungswege zu verabreden, gemeinsame Positionen herauszuarbeiten und bestehende Differenzen offen zu benennen (SKB 2023).

Akteure/Rollen Beide Kitagipfel waren von einer sehr heterogenen Akteurslandschaft geprägt. Beim ersten Gipfel bildeten der Stab der Senatorin für Kinder und Bildung, die Senatskanzlei, Vertreter:innen der Gewerkschaften, der Personalvertretungen bzw. des ver.di-Bildungswerks sowie die wissenschaftliche Prozesskoordination des iaw eine Art Lenkungsgruppe. Die Bildungs-

verwaltung sowie andere Wissenschaftsdisziplinen waren zunächst nicht eingebunden. Im weiteren Verlauf erweiterte sich der Kreis durch eine gezielte Ansprache von Akteuren durch die Prozesskoordination sowie einen öffentlichen Mitwirkungsauftrag der Senatorin. Neben den Veranstalter:innen wurden schließlich auch weitere Senatsmitglieder, senatorische Behörden (Kinder und Bildung, Soziales, Gesundheit, Bau, Finanzen), Wissenschaftler:innen (u.a. vom Deutschen Jugendinstitut und dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung), gewerkschaftliche Bundesvertretungen (GEW, ver.di), zahlreiche Praxisakteure (Kitaträger, Leitungen, Kitasozialarbeit, Erzieher:innen, Quartiersmanagement, Qualifizierungsakteure) sowie Eltern beteiligt. Beim zweiten Kitagipfel nahmen gewerkschaftliche Akteure keine aktive Rolle ein, dafür engagierten sich deutlich mehr Wissenschaftler:innen der Universität Bremen (v.a. aus Erziehungs- und Gesundheitswissenschaften) sowie die Verwaltung der Senatorin. Die übrige Zusammensetzung ähnelte der des ersten Gipfels.

Die Einbindung Betroffener wurde kontrovers diskutiert. Erzieher:innen konnten dabei unter bestimmten Voraussetzungen vom Dienst freigestellt werden. Eltern waren beim ersten Gipfel nur vereinzelt vertreten, beim zweiten über mehrere Elternverbände dagegen deutlich stärker. Eine Beteiligung von Kindern wurde zwar erwogen, jedoch von den angefragten Kitas aus Sorge vor politischer Instrumentalisierung abgelehnt. Einige Kitas steuerten stattdessen Kinderzeichnungen für eine Ausstellung im Veranstaltungsgebäude bei.

Die Vielfalt der beteiligten Organisationen und Personen führte angesichts der Zielstellungen wiederholt zu Konflikten. Hintergrund war, dass die Kitagipfel nicht nur dem transdisziplinären Austausch dienten, sondern von vielen Beteiligten als Teil des Policy-Making-Prozesses verstanden wurden. In den Workshops versuchten Akteure, eigene bzw. organisationale Positionen im Rahmen von Deutungskämpfen als Mehrheitsmeinung zu etablieren – eine große Herausforderung für die Moderationen. Zusätzliche Spannungen ergaben sich aus Rollenkonflikten der wissenschaftlichen Prozessmoderation, die zugleich die Plenumsteile moderierte, dort und in Workshops Forschungsergebnisse präsentierte und aktiv in die Öffentlichkeitsarbeit eingebunden war.

Vorgehensweise Der erste Kitagipfel entstand binnen weniger Wochen. Der zweite Kitagipfel wurde dagegen mit längerer Vorlaufzeit von ca. einem halben Jahr geplant. Die inhaltliche Struktur der Gipfel war sehr ähnlich: Es gab

Hauptvorträge am Vormittag des ersten Tages und themenbezogene Workshops, welche am Nachmittag des ersten und Vormittag des zweiten Tages stattfanden. Die grobe Themenwahl resultierte aus den Vorgaben der Veranstalter:innen. Im Rahmen des inhaltlichen Prozessmanagements ergaben sich daraus vier Schwerpunkte:

- Ausbau der Kindertagesbetreuung sowie dessen Organisation und Finanzierung,
- Fachkräftegewinnung und Fachkräftebindung,
- Qualitätsentwicklung,
- Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Workshopinhalte entstanden in einem stark iterativen Prozess, angestoßen durch Impulse der Veranstalter:innen und der Prozesskoordination sowie die Mitwirkungsaufrufe der Bildungssenatorin. Selbst bis wenige Tage vor den jeweiligen Kitagipfeln meldeten sich noch Personen, die in das Programm integriert werden sollten. Durch das rege Interesse an der Mitwirkung und den Wunsch, eigene Positionen im Workshop vorzustellen, war der erste Gipfel stark inputorientiert, sodass kaum Zeit für den Austausch blieb. Erschwerend kam hinzu, dass viele Workshopmoderationen beim ersten Gipfel erst kurz vor der Veranstaltung über den Ablauf in Kenntnis gesetzt wurden. Nachdem dieses Format auf Kritik stieß, wurde der zweite Gipfel wesentlich beteiligungsorientierter ausgestaltet und die Moderationen zum einen frühzeitiger inhaltlich eingebunden und zum anderen gebeten, stärker partizipative Methoden in den Ablauf zu integrieren.

Ergebnistransfer/Nutzen/Wirkungen Die Ergebnisse beider Gipfel wurden in Form einer Fotodokumentation der schriftlichen Ergebnisse der Workshops gesichert und gemeinsam mit den Vortragsfolien auf der jeweiligen Homepage des Kitagipfels (SKB 2023; SKB 2024) archiviert. In Bezug auf den Umgang mit diesen Ergebnissen und die daraus resultierenden Wirkungen ist zwischen dem ersten und zweiten Kitagipfel deutlich zu unterscheiden. Beim ersten Kitagipfel gab es parallel zur inhaltlichen Organisation des Gipfels ein Begleitgremium der Veranstalter:innen. In diesem Gremium wurden im Vorfeld des Gipfels bereits mögliche Schnittmengen für gemeinsam getragene Entwicklungspfade eruiert. Anregungen für konkrete Ergebnisse gab es dabei im Rahmen der Lenkungsgruppensitzungen, in welche wiederum Ideen aus der Workshoppelanung einfließen. Während des Gipfels gab es im Hintergrund weitere Ver-

handlungen. Im Ergebnis einigten sich die Veranstalter:innen auf einige Eckpunkte, welche Gegenstand einer Pressemitteilung waren (DGB 2023):

- Einführung eines Berufseinstiegsjahres zur Verkürzung der Ausbildung,
- Fortsetzung des Ausbaupfades, v. a. in sozial benachteiligten Quartieren,
- Ausweitung der berufsbegleitenden Weiterbildung für Erzieher:innen,
- Vereinfachung von Genehmigungsprozessen beim Kitaneubau,
- Eröffnung von Berufseinstiegen für pädagogisch bisher nicht formal qualifizierte Personen,
- Durchführung einer Verbleibstudie für Erziehungsberufe im Land Bremen.

Wenngleich nicht alle Punkte zeitnah umgesetzt wurden, so gibt es damit dennoch einige direkte Wirkungen des ersten Kitagipfels. Die Wirkrichtung des Transfers ist dabei mehrdimensional – sowohl von Wissenschaft und Praxis in Richtung Politik und Verwaltung als auch umgedreht. Ferner gab es durch die Identifikation einer relevanten Forschungsfrage und die Verabredung eines darauf aufbauenden Forschungsprojekts auch einen Ergebnistransfer von Politik und Praxis in Richtung Wissenschaft.

Beim zweiten Kitagipfel fällt eine Wirkungsbetrachtung dagegen deutlich ernüchternder aus. Durch die neue Veranstaltungsstruktur fehlte es an Möglichkeiten der Verhandlung konkreter weiterer Schritte. Viele Workshops erarbeiteten durch die stärker partizipative Struktur zwar mehr konkrete Handlungsempfehlungen als beim ersten Kitagipfel. Diese blieben jedoch weitergehend unbeachtet, auch deshalb, weil sie an vielen Stellen wenig passgenau für die politisch zu dieser Zeit angedachten Lösungen der aktuellen Herausforderungen des Bremer Kitasystems waren. Beispielsweise erarbeitete ein Workshop eine Struktur für eine Arbeitsgruppe zur Qualitätsentwicklung, während die Senatorin für Kinder und Bildung gleichzeitig eine Vorlage zur Standardabsenkung plante (Theiner 2024).

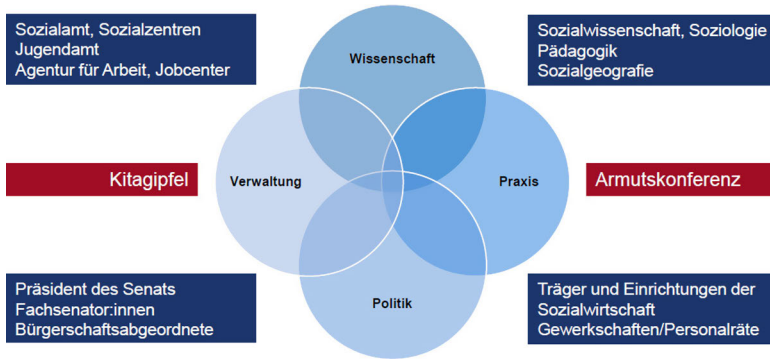
Kritikreflexion Von den genannten Kritikpunkten ist vor allem das demokratietheoretische Argument zutreffend. In der Weise, wie es Aufgabe des Kitagipfels wurde, zusätzlich zum akteursübergreifenden Austausch auch konkrete Vereinbarungen zu treffen, ist die Frage nach der demokratischen Legitimität des Kitagipfels berechtigt. Auch hat sich die These bestätigt, dass transdisziplinäre Formate eher ungeeignet sind, um bei fragmentierten Interessenlagen Konflikte zu beheben. Im Gegenteil: Im Verlauf der beiden Kitagipfel haben

sich die Kontroversen eher verschärft, was beispielsweise der Boykottaufruf der Gewerkschaften und Protestaktionen im Vorfeld des zweiten Kitagipfels zeigen.

4. Komparative Analyse

4.1 Transdisziplinaritäts- und Transferverständnis

Abbildung 1: Transdisziplinaritätsverständnis



Eigene Darstellung

Sowohl die Bremer Armutskonferenz als auch der Bremer Kitagipfel sind dabei im »intermediären Raum« zwischen Wissenschaft, Verwaltung, Politik und Praxis angesiedelt, wenngleich sich die Funktion der unterschiedlichen Akteursgruppen durchaus unterscheidet (siehe Tabelle 1 in Kapitel 4.2). Die Ziele gehen jeweils deutlich über das Zusammenbringen verschiedener Wissensbestände hinaus, sodass es sich nachweislich um komplexe Formen sozial engagierter Transdisziplinarität (vgl. Nuske 2024) handelt. Deutlich wird zudem, dass beide Ansätze stark losgelöst von konkreten Forschungsprojekten agieren, sie stellen eigenständige Formate mit gesellschaftspolitischem Gestaltungsanspruch dar. Dabei sind an verschiedenen Stellen konkrete Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung verschiedener Fachrichtungen (Sozialwissenschaften, Bildungswissenschaften, Organisationsforschung, Migrationsforschung, Gesundheitsforschung, Sozialgeografie, Arbeitsfor-

schung etc.) eingeflossen. Diese Wissensbestände wurden in Workshops um weitere Sichtweisen (z.B. von Politik, Verwaltung und Praxis) ergänzt und zu einem Gesamtergebnis verdichtet.

Beide Formate weisen auch ein charakteristisches Transferverständnis auf, was sich als multidirektional bezeichnen lässt, da es auf einen wechselseitigen Austausch von Wissenschaft und Praxis und ein damit verbundenes Voneinanderlernen abzielt. Es spiegeln sich zudem verschiedene Facetten der von Nuske, Bleses und Warsewa (2024) sowie Heilmann (2025) geschilderten Erwartungen an wissenschaftlichen Transfer wider: So fungiert Wissenschaft in beiden Formaten als Politikberatung bzw. als Zulieferin, indem wissenschaftliche Erkenntnisse durch den interdisziplinären Austausch in Handlungsempfehlungen für Politik und Verwaltung »übersetzt« werden. Dabei findet sich aber insbesondere im Kontext der Armutskonferenz auch der Ansatz der Wissenschaft als Advokaten für die Gruppe der armutsgefährdeten Menschen. Sowohl bei der Armutskonferenz als auch beim Kitagipfel bestehen zudem Ansätze von Transfer zur wechselseitigen Wissensentwicklung sowie zur Gesellschaftsgestaltung bzw. eigenständigen Diskursbeteiligung, wenn beispielsweise wissenschaftliche Akteure gemeinsam mit der Praxis Problembeschreibungen und Handlungsempfehlungen erarbeiten bzw. sogar konkret an der Ausgestaltung von politischen Maßnahmen und deren Praxisvermittlung mitwirken.

4.2 Logiken transdisziplinärer Formate im Fallvergleich

Tabelle 1 stellt wesentliche Merkmale der beiden ausgewählten transdisziplinären Transferformate gegenüber. Dabei werden vor allem die Unterschiede sehr deutlich. Während die Armutskonferenz maßgeblich bottom-up durch Wissenschaft und Praxis initiiert wurde und die Politik eher als Adressat ihrer Aktivitäten sieht, entstand der Kitagipfel eher top-down durch Politik und Praxis und formulierte den Anspruch, dass Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Praxis gemeinsam nach Lösungsvorschlägen suchen und diese verhandeln. Dadurch unterscheiden sich die Zielsetzungen deutlich: Die Armutskonferenz versteht sich als Instrument des Agenda Settings – sie will konkrete Themenschwerpunkte in Öffentlichkeit und Politik platzieren. Im Gegensatz dazu sollten die Kitagipfel als quasi öffentliche Politikarena zur Aushandlung und Legitimation von Lösungsansätzen der Kitakrise dienen. Aus diesem zentralen Unterschied in der Zielsetzung ergeben sich zahlreiche Konsequenzen: So resultierten die Rollenkonflikte beim Kitagipfel zum einen aus der Viel-

falt an verhandelnden Akteuren und zum anderen auch aus der normativen Überladung der Workshops mit vor dem Hintergrund der Ausgangslage quasi unerreichbaren Zielsetzungen. Die extreme Heterogenität der Akteure und deren unterschiedlichen Perspektiven, Erwartungen und Annahmen wurden im Prozess unzureichend reflektiert. Demgegenüber haben die Workshops der Armutskonferenz den Vorteil, dass diese durch das Zusammenbringen unterschiedlicher Wissensbestände lediglich Handlungsempfehlungen für Politik erarbeiten sollen. Entsprechend unterschiedlich fallen auch der Ergebnistransfer und die Wirkungen aus. Die Armutskonferenz setzt vor allem auf das Prinzip der indirekten Steuerung, das heißt, es werden Vorschläge in den politischen Raum eingebracht, ohne dass direkt auf deren Umsetzung Einfluss genommen werden kann. Die Fließrichtung des Transfers ist eher eindimensional, vor allem von Wissenschaft und Praxis in Richtung Politik und Verwaltung. Dennoch zeigen sich durchaus beachtenswerte Erfolge in der Implementation neuer Ansätze in der Bremer Armutspolitik. Allerdings wurde bei der ersten Armutskonferenz 2013 im Rahmen des »Bündnis für sozialen Zusammenhalt« auch deutlich, wie komplex, langwierig und gleichzeitig fragil sich eine daran anschließende Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung gestaltet. Die Kitagipfel sollten durch die Einbindung von Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Praxis quasi »fertig geeinte Lösungen« produzieren. Während das beim ersten Gipfel noch in einem bestimmten Rahmen funktionierte und bereits binnen weniger Monate erste konkrete Maßnahmen umgesetzt wurden, so fehlte es beim zweiten Kitagipfel dann weitgehend an einer Ergebnisorientierung. Obwohl viele Workshops durch den stärker diskursiven und partizipativen Charakter zahlreiche Handlungsempfehlungen vor allem aus der Sicht von Wissenschaft und Praxis formulierten, blieben diese durch Politik und Verwaltung weitgehend unbeachtet. Ein Zusammenführen der beiden Seiten war aufgrund der neuen Veranstaltungskonstellation im Gegensatz zum Vorjahresgipfel nicht mehr möglich. Dadurch wurde letztlich viel Frustration aufseiten der Praxis und Wissenschaft erzeugt, sodass das Format derzeit nicht fortgesetzt wird. Allerdings ist die Wirkungsrichtung des Transfers beim Kitagipfel grundsätzlich mehrdimensional angelegt. Mit der Verabredung der Verbleibstudie Erziehungsberufe gab es auch Transfer in Richtung Wissenschaft. Viele der in Abschnitt 2 dargelegten Kritikpunkte an transdisziplinären Ansätzen treffen zumindest teilweise auf die Armutskonferenz und den Kitagipfel zu. Während bei der Armutskonferenz vor allem eine Politisierung von Wissenschaft auffällig ist, so zeigen sich beim Kitagipfel vor

allem demokratische Legitimitätsdefizite und eine Verschärfung bestehender Konflikte.

Tabelle 1: Fallvergleich

	Armutskonferenz	Kitagipfel
Komplexe Probleme	Armut	Kitakrise
Entstehung	Bottom-Up durch Wissenschaft und Praxis; Vorbild: Dortmund, Nürnberg	Top-Down durch Politik und Verbände; erheblicher Austauschbedarf aufgrund unterschiedlicher Lösungsansätze
Ziele	Agenda Setting	Entscheidungsfindung, Legitimation
Akteure/Rollen	Wissenschaft und Praxis als Veranstalter; Verwaltung und Politik als Adressaten, akteurübergreifendes Kernteam	Politik und Verbände (1. Gipfel) und Politik und Wissenschaft (2. Gipfel) als Veranstalter und Adressaten zugleich, Wissenschaft als Prozesskoordination, Moderation und Inputgeber, diverse Rollenkonflikte, unzureichende Reflexionspraxis
Vorgehensweise	Vorträge und Workshops dienen der Problembeschreibung und Entwicklung von Forderungen zur Problemlösung	Vorträge und Workshops dienen der Untermauerung der jeweiligen Akteursposition
Ergebnistransfer	Transfer vor allem von Praxis und Politik in Richtung Politik und Verwaltung; Pressarbeit, Dokumentation, Forderungspapier, verschiedene Gesprächsformate mit Politik	Mehrdimensionale Wirkrichtungen des Transfers; Dokumentation, gemeinsames Ergebnispapier (1. Konferenz), fehlender Transfer (2. Konferenz)
Kritikreflexion	Politisierung von Wissenschaft	Fehlende demokratische Legitimität, Konfliktverschärfung im Prozess

Eigene Darstellung

5. Fazit und Schlussfolgerungen

In diesem Beitrag wurden die Armutskonferenzen und Kitagipfel aus Bremen in die Transdisziplinaritäts- und Transferdebatte eingeordnet und miteinander entlang verschiedener Analysedimensionen verglichen. Die Ergebnisse zeigen, dass es sich jeweils um gelebte Beispiele sozial engagierter Transdisziplinarität handelt und zwar in einem solchen Maße, dass diese weitgehend losgelöst von konkreten Forschungsprojekten mit dem Anspruch agieren, gesellschaftlichen multidirektionalen Transfer vor allem auf der lokalen Ebene durch den Austausch von Wissenschaft, Praxis, Politik und Verwaltung zu erzeugen. Die Formate bewegen sich in ähnlichen Akteurkonstellationen, wengleich sich die Rolle einzelner Akteursgruppen durchaus unterscheidet. Ferner ließen sich unterschiedliche Zielsetzungen und Ergebnisse aufzeigen. Vor diesem Hintergrund seien als Fazit dieses Beitrags einige Punkte in Bezug auf den Mehrwert des transdisziplinären Charakters und konkrete Gelingenbedingungen sowie Hürden derartiger Formate formuliert:

(1) Transdisziplinarität erhöht die Sichtbarkeit des Transfers Ein zentraler Mehrwert der transdisziplinären Ausgestaltung besteht in der erhöhten Sichtbarkeit. Durch die Bündelung der Ressourcen verschiedener Akteursgruppen können die Transferformate breiter aufgestellt werden und haben dadurch eine bessere öffentliche Sichtbarkeit. Der Prozess des Agenda Settings ist ohne eine Politisierung von Wissenschaft jedoch kaum denkbar.

(2) Transdisziplinarität schafft breiter akzeptierte Lösungen und setzt Forschungsimpulse Die Komplexität gesellschaftlicher Probleme (z.B. Armut, Kitakrise) erfordert eine multiperspektivische Betrachtungsweise. Indem verschiedene wissenschaftliche Disziplinen und Praxisakteure ihre Sichtweisen zusammenbringen und dabei ihre Unterschiedlichkeit produktiv reflektieren, entstehen zum einen gesellschaftlich breiter akzeptierte Lösungsansätze, die eine höhere politische Umsetzungswahrscheinlichkeit haben als wenn jeder Akteur separate Forderungspapiere erstellen würde. Zum anderen kann der gemeinsame Austausch neue Forschungsimpulse erzeugen.

(3) Transdisziplinarität braucht Ressourcen Transdisziplinäre Ansätze erfordern einen hohen Ressourceneinsatz, da sie auf die intensive Zusammenarbeit heterogener Akteursgruppen aus Wissenschaft, Praxis, Politik und Verwaltung setzen. Dies bedeutet nicht nur einen erhöhten Kommunikations- und Koordina-

tionsaufwand, sondern auch die Notwendigkeit, unterschiedliche Perspektiven, Handlungslogiken und Erwartungen in produktive Aushandlungsprozesse zu überführen. Wie Heilmann (2025) in seinem Beitrag betont, entsteht dabei ein Spannungsfeld zwischen wissenschaftlicher Autonomie und praxisnaher Anwendbarkeit, das einen fortlaufenden Abstimmungsprozess erfordert. Forschende sind gefordert, ihre Erkenntnisse in praxisrelevante Formate zu übersetzen und Rückmeldungen aus der Praxis zurück in wissenschaftliche Diskurse zu überführen. Praxisakteure müssen zugleich Zeit und Kapazitäten aufbringen, um sich auf wissenschaftliche Denk- und Arbeitsweisen einzulassen. Dazu kommen divergierende Erwartungshaltungen: Während die Wissenschaft oft langfristig orientierte Strukturveränderungen in den Blick nimmt, steht für die Praxis häufig die kurzfristige Umsetzbarkeit und Problemlösung im Vordergrund. Durch diese Anforderungen ergibt sich ein hoher Bedarf an moderierenden Strukturen, vertrauensbildenden Maßnahmen und adaptiven Formaten. All dies bindet Ressourcen in Form von Zeit, Personal und Finanzierung, welche gerade in drittmittelunabhängigen Transferansätzen oft nicht in ausreichender Form gegeben sind.

(4) Transdisziplinarität im Transfer hat klare Grenzen Die beiden Beispiele verdeutlichen, dass Transdisziplinarität im Transfer dann an seine Grenzen stößt, wenn die Zielstellungen im Policy Cycle vom Agenda Setting in Richtung Policy Making verschoben, die Akteurkonstellationen durch ein gemeinsames Agieren von Wissenschaft, Praxis, Verwaltung und Politik zu komplex werden und das Konfliktpotenzial unter den Beteiligten sehr hoch ist. Transdisziplinäre Formate können neue Sichtweisen und Handlungsoptionen für komplexe gesellschaftliche Probleme aufzeigen. Sie können auch gesellschaftlich relevante Forschungsbedarfe aufzeigen. Aber sie sind als Ort der Entscheidungsfindung und Legitimation eher ungeeignet, auch weil dadurch vor allem die Wissenschaft in Rollen- und Loyalitätskonflikte gebracht wird und der Reflexionsaufwand vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Erwartungen extrem ansteigt. Des Weiteren erweist es sich als sehr schwierig, Betroffene angemessen in derartige transdisziplinäre Expertenformate einzubinden. Eine weitere Grenze entsteht aus der Multi Level Governance Problematik heraus. Die meisten komplexen gesellschaftlichen Probleme erfordern eine kohärente Abstimmung von Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik. Sowohl Armutskonferenz als auch Kitagipfel verbleiben jedoch in ihrem Wirkungskreis auf der lokalen bzw. durch die Stadtstaatenkonstruktion der Landesebene, ohne dass dadurch Einfluss auf bundespolitische Handlungs-

spielräume genommen wird. Die regelmäßige Einbindung bundespolitischer Akteure in lokale Transferprozesse erscheint jedoch illusorisch.

Literatur

- Backhaus-Maul, Holger (2022): »Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Zivilgesellschaft«, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 6, S. 222–224.
- Böhme, René (2023): Local Governance als Lösung für die Krise des lokalen Regierens? Befunde aus drei verschiedenen Handlungsfeldern der Armutspolitik, Bremen: Universität Bremen.
- Böhme, René (2024): »Bekämpfung des Fachkräftemangels in der Elementarbildung«, in: KiTa aktuell Ausgaben BW, H/RLP/SL (10), S. 6–8.
- Böhme, René (2025): Motivlagen beruflicher Entscheidungen von Erzieher:innen – Ergebnisse einer Verbleibstudie Erziehungsberufe im Land Bremen, Reihe Arbeit und Wirtschaft in Bremen 51, Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen.
- Compagnucci, Lorenzo/Spigarelli, Francesca (2020): »The Third Mission of the university: A systematic literature review on potentials and constraints«, in: Technological Forecasting and Social Change 161, S. 120–141.
- Dan, Viorela (2017): Formen der Wissensgenerierung: Transdisziplinarität im Vergleich zu Mono-, Multi- und Interdisziplinarität (= Gesundheitskommunikation als transdisziplinäres Forschungsfeld, Band 17), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 23–34.
- Defila, Rico/DiGiulio, Antonietta (2018): »Partizipative Wissenserzeugung und Wissenschaftlichkeit – ein methodologischer Beitrag«, in: Rico Defila/Antonietta DiGiulio (Hg), Transdisziplinär und transformativ forschen. Eine Methodensammlung, Wiesbaden: Springer VS, S. 39–67.
- Der Paritätische Bremen (2025): Die Bremer Armutskonferenz. <https://paritaet-bremen.de/armutskonferenz>
- DGB, Deutscher Gewerkschaftsbund (Hg.) (2023): Kitas stärken – kein Kind zurücklassen – Arbeitsbedingungen attraktiver machen. DGB Bremen und die Senatorin für Kinder und Bildung legen gemeinsames Resümee des KiTa-Gipfels vor. Pressemitteilung vom 17.02.2023.
- Froese, Anna/Mevissen, Natalie (2016): »Fragmentierter Wissenstransfer der Sozialwissenschaften: Zur Relevanz disziplinspezifischer Kontextfaktoren«, in: Anna Froese/Dagmar Simon/Julia Böttcher (Hg), Soziologie und

- Gesellschaft: Neue Verortungen von Wissenstransfer, Bielefeld: Transcript, S. 31–63.
- Fuß, Aline/Nuske, Jessica/Becke, Guido/Bleses, Peter/Friemer, Andreas (2024): Entwicklungslinien des Wissenstransfers in der BMBF-geförderten Arbeitsforschung von 1990–2020 (= Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft, Band 41), Bremen.
- Häberli, Rudolf/Grossenbacher-Mansuy, Walter (1998): »Transdisziplinarität zwischen Förderung und Überforderung«, in: *Gaia*, 7(3), S. 196–213.
- Heilmann, Tom (2025): Wissenschaft-Praxis-Transfer in der deutschen Sozialpolitik. Erwartungen von Forschungen und Praxisakteuren, in: *IAQ-Report 02/2025*. Duisburg/Essen.
- Heilmann, Tom/Langer, Philipp/Vetter, Nicole (2024): »Wissenstransfer in der deutschen Sozialpolitik«, in: Tom Heilmann et al. (Hg.), *Sozialpolitik und Sozialpolitikforschung in Deutschland*, Frankfurt a.M.: Campus, S. 131–174.
- Jaehrling, Karen (1999): »Der Einsatz wissenschaftlicher Beratung zur Strukturierung der politischen Kommunikation – eine ›informelle Funktion‹ am Beispiel der Wehrpflichtdebatte«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 30(3), S. 686–699.
- Karl, Helmut (2015): *Koordination raumwirksamer Politik: Mehr Effizienz und Wirksamkeit von Politik durch abgestimmte Arbeitsteilung*, Forschungsberichte der ARL, No. 4, Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung.
- Kraemer, Klaus (2023): »Was kann die Soziologie im Schockzustand einer Krise leisten? Eine Entgegnung auf Heinz Bude«, in: *Soziologie* 52(1), S. 7–25.
- Lang, Daniel J./Wiek, Arnim/Bergmann, Matthias/Stauffacher, Michael/Martens, Pim/Moll, Peter/Swilling, Mark/Thomas, Christopher J. (2012): »Transdisciplinary research in sustainability science: practice, principles, and challenges«, in: *Sustainability Science* 7 (1), S. 25–43.
- Lawrence, Mark G./Williams, Stephen/Nanz, Patrizia/Renn, Ortwin (2022): »Characteristics, Potentials, and Challenges of Transdisciplinary Research«, in: *One Earth* 5(1), S. 44–61.
- Lux, Alexandra/Schuldt-Baumgart, Nicola (2022): *Wissenstransfer – Wissenschaftskommunikation – transdisziplinäre Forschung: der Versuch einer Orientierung*, ISOE Blog Soziale Ökologie. <https://www.iso.de/publikation/wissenstransfer-wissenschaftskommunikation-transdisziplin%C3%A4re-forschung-der-versuch-einer-orientierungonline> vom 22.02.2022.

- Maasen, Sabine/Sutter, Barbara (2022): »Wissen und Gesellschaft: Neues zur Vertragsgestaltung«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 72 (26–27), S. 49–54.
- Mückenberger, Ulrich/Timpf, Siegfried (2010): »Transdisziplinarität als doppelte Grenzüberschreitung. Realexperimentelle Raum-Zeitgestaltung in urbanen Quartieren«, in: Dieter Läßle/Ulrich Mückenberger/Jürgen Oßenbrügge (Hg.), *Zeiten und Räume der Stadt. Theorie und Praxis*, Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 205–228.
- Nuske, Jessica (2024): *Sozialwissenschaften in dritter Mission: Transdisziplinarität als Versuch der souveränen Offenheit gegenüber Gesellschaft*, Bremen: Universität Bremen.
- Nuske, Jessica/Bleses, Peter/Warsewa, Günter (2024): *Distanziert, beratend, engagiert: Wie Praxisakteure die Wissenschaft sehen und was sie von ihr erwarten*. <https://fgzrisc.hypotheses.org/5056> vom 02.05.2024.
- Prigge, Rolf/Böhme, René (2013): *Soziale Stadtpolitik in Dortmund, Bremen und Nürnberg. Soziale Spaltung, Armutsprävention und Chancengerechtigkeit als politische Herausforderungen*, Bremen: Kellner.
- Roessler, Isabel/Duong, Sindy/Hachmeister, Cort-Denis (2015): *Welche Missionen haben Hochschulen? Third Mission als Leistung der Fachhochschulen für die und mit der Gesellschaft*, CHE gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung, Arbeitspapier Nr. 182.
- Rohe, Wolfgang (2015): »Vom Nutzen der Wissenschaft für die Gesellschaft: Eine Kritik zum Anspruch der transformativen Wissenschaft«, in: *GAIA*, 24(3), S. 156–159.
- Seidel, Jörn (2014): »Bündnis gegen soziale Spaltung«, in: *Weser-Kurier* vom 08.05.2014.
- SKB, Senatorin für Kinder und Bildung (Hg.) (2023): 1. Bremer Kitagipfel. <https://www.bildung.bremen.de/kita-gipfel-381599>
- SKB, Senatorin für Kinder und Bildung (Hg.) (2024): 2. Bremer Kitagipfel. <https://www.bildung.bremen.de/2-bremer-kitagipfel-406069>
- Stahmann, Anja (2022): »Kommunale Gesamtstrategie Frühe Kindheit in Bremen«, in: Kerstin Schütte/Heidemarie Rose/Olaf Köller (Hg.), *Frühkindliche Entwicklung stärken. Eine Zukunftsallianz aus Fachpraxis, Wissenschaft, Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft*, Münster: Waxmann, S. 121–131.
- Strohschneider, Peter (2014): »Zur Politik der Transformativen Wissenschaft«, in: André Brodocz et al. (Hg.), *Die Verfassung des Politischen: Festschrift für Hans Vorländer*, Wiesbaden: Springer, 175–192.

- Sundermann, Sara (2024): »Experte: Wie die Kita-Situation in Bremen verbessert werden kann«, in: *Weser-Kurier* vom 07.03.2024.
- Theiner, Jürgen (2024): »Politik ringt um pädagogische Standards in Bremer Kitas«, in: *Weser-Kurier* vom 14.11.2024.
- Warsewa, Günter (2022): »Sozialpolitik: Institutionelle Barrieren am Beispiel Armuts politik in Bremen«, in: Lothar Probst/Matthias Güldner/Andreas Klee (Hg.), *Politik und Regieren in Bremen*, Wiesbaden: Springer, 481–498.
- Warsewa, Günter/Bleses, Peter/Güldner, Matthias (2020): »Der Transfer von sozialwissenschaftlichem Wissen als Forschungsgegenstand«, in: *Soziologie* 49(3), S. 287–307.
- Weingart, Peter (2021): »Wissenschaftliche Politikberatung in Krisenzeiten«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 71(3-4), S. 28–32.